

Vorwort

Sehr geehrte Damen
und Herren!



Europa und Deutschland stehen gegenwärtig vor großen Problemen und Herausforderungen sowohl auf dem Gebiet der Friedens- wie auch der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Mit Beginn des Jahres 2020 trat die weltweite Corona-Pandemie hinzu, deren Folgen für die euro-atlantische Sicherheitspolitik noch gar nicht abzuschätzen sind. Gleichzeitig erscheint China immer stärker als sicherheitspolitisch relevanter Akteur im euro-atlantischen Raum.

Seit 71 Jahren ist die NATO als politische und militärische Allianz

ein Garant unserer Sicherheit. Doch aktuell steht das Bündnis vor großen Problemen und Herausforderungen. Insbesondere im Verhältnis zu den USA beobachten wir diesbezüglich bis vor kurzem noch für undenkbar gehaltene Verwerfungen. Der angekündigte Abzug von US-Truppen aus Deutschland bildet dabei nur den aktuellsten Höhepunkt. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat in einem Interview mit dem *Economist* die NATO als „hirntot“ bezeichnete- auch wenn er die militärische Struktur des Bündnisses davon ausgenommen hat.

Inhaltsverzeichnis

[Vorwort](#)

Joachim Schaprian

[Die NATO: Garant unserer Sicherheit- Impulse für die Weiterentwicklung!](#)

Heiko Maas

[Beiträge und Initiativen Frankreichs zur Vertiefung der Zusammenarbeit in der NATO](#)

Anne-Marie Descôtes

[Christoph Unger, Präsident des BBK - ein unbequem gewordener Mahner muss gehen](#)

[Meine Meinung](#)

Thomas Sohst

[Corona-Pandemie](#)

[Buchbesprechung](#)

[Impressum](#)

[Veranstaltungen:](#)

Die für den 17.Oktober geplanten Petersberger Gespräche zur Sicherheit sind wegen der Coronar-Pandemie auf den 13.März 2021 verschoben worden.

[Rückblick](#)

Zwei Erfolgreiche LifeChats des Arbeitskreis u.a. mit MdB Wolfgang Hellmich zu aktuellen verteidigungspolitischen Fragen fanden großes Interesse.

Um die Zusammenarbeit in der Nato zu stärken, ist ein politischer Reflexionsprozess eingeleitet. Eine Gruppe von Experten soll in den nächsten Monaten Vorschläge erarbeiten, wie Einigkeit und Kohärenz in der Nato gestärkt und wo gemeinsame Antworten auf die wichtigsten Herausforderungen der kommenden Dekade gefunden werden können. Hierzu haben wir in einem Sammelband zum Thema "Die Allianz im Umbruch- Änderungen in Strukturen, Prozessen und Strategie" herausgegeben. (siehe Seite 26) In diesem Newsletter steht ein Beitrag von Bundesaußenminister Heiko Maas zum Thema „Die NATO: Garant unserer Sicherheit Impulse für die Weiterentwicklung“ und ein Beitrag von Marie Descôtes, Botschafterin Frankreichs in Deutschland zum Thema „Beiträge und Initiativen Frankreichs zur Vertiefung der Zusammenarbeit in der NATO“ im Mittelpunkt. Ein weiterer Beitrag fasst die Ergebnisse eines Fachgesprächs zum Krisenmanagement in der Corona-Pandemie und weiteren Handlungsbedarf für Staat und Gesellschaft zusammen und geht gesondert auf die Ablösung des Präsidenten des BBK Christoph Unger ein. Der Newsletter schließt mit einem Beitrag von Thomas Sohst „Meine Meinung“, in dem er u.a. auf die Würdigung des Einsatzes von Soldaten durch die Gesellschaft eingeht.

Ich hoffe, dass unser Newsletter mit seinen interessanten Beiträgen wieder Ihr Interesse findet. Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien dass Sie zuversichtlich und gesund bleiben

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Joachim Schaprian, Oberst a. D. Vorsitzender des Arbeitskreises Sicherheit und Bundeswehr der NRWSPD

Die NATO: Garant unserer Sicherheit- Impulse für die Weiterentwicklung

Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen

Garant deutscher und europäischer Sicherheit – das ist die NATO auch im nunmehr 71. Jahr ihres Bestehens. Ohne sie wäre Europa instabiler und unsicherer. Das gilt auch für die Zukunft. Dabei ist die Allianz kein schlichtes Bollwerk, gegen das unsere Gegner seit Jahrzehnten vergeblich anrennen. Ihr Erfolg liegt vielmehr in ihrer Anpassungsfähigkeit an ein sich stetig veränderndes sicherheitspolitisches Umfeld.

Dass die geopolitischen und wirtschaftlichen Veränderungen in den vergangenen Jahren besonders schnell und vielfältig erfolgten, ist vielfach beschrieben und analysiert worden. Das globale System unterliegt einem rasanten Wandel, noch sind die Konturen einer „neuen Ordnung“ nicht klar definiert. Aber es lassen sich Grundzüge erkennen: China will seinen enorm gewachsenen Einfluss nutzen und ausweiten. Russland nutzt alle Hebel, um verlorenen Einfluss zurückzugewinnen. Und Indien wie auch viele andere Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas streben nach legitimer Teilhabe an der internationalen Politik.

Die G-20 sind dafür ein Ausdruck, ebenso wie Reform- und Anpassungsbestrebungen bei vielen internationalen Institutionen. Und auch die Covid-19-Pandemie verdeutlicht, dass die Demokratien des „Westens“ die wesentlichen globalen Antworten nicht mehr alleine vorgeben können. Doch Gestaltungsraum für Europa und Amerika bleibt reichlich vorhanden. Je einiger wir sind, desto besser können wir ihn nutzen. Vorbei ist jedoch jene Situation nach Ende des Kalten Krieges, in der der Westen in vielerlei Hinsicht unwidersprochen führte: weltanschaulich, ökonomisch und technologisch, aber auch militärisch. Für die NATO bedeutet dies, dass ihre sicherheitspolitischen Herausforderungen noch vielfältiger und vor allem multidimensionaler

werden. Die Allianz selbst spricht von einer 360-Grad-Perspektive auf die Bedrohungen. Die Komplexität ist enorm. Viele der heutigen Herausforderungen sind global in ihrem Ursprung und machen nicht vor Landesgrenzen halt. In Zeiten von Big Data könnten die Kriege der Zukunft von der Rechenleistung der Computer, den Fähigkeiten im Cyberkrieg und Kryptologie oder dem Durchbruch beim sogenannten Quantum Computing entschieden werden.

Wir beobachten eine beginnende Bewaffnung im Weltraum. Und bei all diesen neuen Herausforderungen bleiben die alten bestehen. Terrorismus aus unterschiedlichsten Richtungen oder Kriege und Instabilität entlang unserer näheren und weiteren Nachbarschaft von der Ostukraine über Syrien bis Libyen und den Sahel bedrohen unsere Sicherheit weiterhin. Die Covid-19-Pandemie fordert uns zusätzlich heraus. Sie fordert unsere Streitkräfte in der Katastrophenhilfe zu Hause, während diese in Einsätzen an Land oder auf See selbst vom Virus betroffen sind.

Unsere Einsatzkontingente führen Quarantänen ein, um die Pandemie nicht in fremde Länder zu tragen, und müssen sich dort ihrerseits selbst schützen. Gleichzeitig helfen die militärischen Mechanismen und Beschaffungswege der NATO bei Logistik und Transport von Schutzkleidung und militärischem Bedarf innerhalb der Allianz. Auch dieses Beispiel zeigt: Die NATO als wesentliches Instrument euro-atlantischer Sicherheit passt sich neuen Entwicklungen an. Durch Handeln nach außen, aber auch durch Veränderung im Innern. Das tut sie heute und hat sie auch in der Vergangenheit getan.

Seit dem Gipfel von Wales im Jahr 2014 etwa wappnet sich die Allianz wieder gegenüber einem Russland, das mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und mit dem Krieg in der Ostukraine zu einem Unsicherheitsfaktor für die europäische Stabilität und Sicherheit geworden ist. Eine Einschätzung, die durch den Bruch des für Deutschland besonders wichtigen INF-Vertrags, der Stationierung

nuklearfähiger Trägersysteme in Europas Nachbarschaft sowie Desinformationskampagnen und Cyberangriffen in NATO-Mitgliedstaaten bestätigt wurde. Mit großen Manövern an der Bündnisgrenze und einer Vielzahl militärischer Übungen will Russland Stärke zeigen.

Auch in unserer südlichen Nachbarschaft, vor allem in Syrien, ist Russland fern von jener konstruktiven Rolle, die es für ein friedliches und kooperatives Miteinander in und für Europa einnehmen könnte. Um den Ängsten und Sorgen der Verbündeten entgegenzutreten, hat die Allianz daher eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um zur Bündnisverteidigung fähig zu sein.

Deutschland übernimmt dabei führend Verantwortung. Neben den USA, Kanada und Großbritannien sind wir, in Litauen, eine der vier Rahmennationen der Enhanced Forward Presence. Unsere Eurofighter fliegen als Teil des Air Policing über dem Baltikum und sichern dort den Luftraum. Wir zeigen Verantwortung durch die Übernahme der Führung der schnellen NATO-Einsatztruppe (Very High Readiness Joint Task Force), die wir gemeinsam mit den Niederlanden und Norwegen im Jahr 2024 bereits zum dritten Mal stellen werden.

Mit dem Joint Support and Enabling Command in Ulm hat die Bundeswehr ein neues operatives Hauptquartier in Europa aufgebaut und dadurch die Bedeutung Deutschlands für das gesamte Aufgabenspektrum der Allianz noch gesteigert. Die Antwort der Allianz auf die Ereignisse im Jahr 2014 steht in einer Kontinuität. Schon nach den terroristischen Angriffen auf die USA am 11.9.2001 gab es eine gemeinsame Reaktion der Verbündeten.

Noch heute stellt die Bundeswehr das zweitstärkste NATO-Kontingent in Afghanistan. Und als die Bürgerkriege in ExJugoslawien, vor allem in Bosnien und später im Kosovo, zu Mord, Flucht und Vertreibung führten, half die NATO, den Weg für eine politische Lösung zu bereiten. Die Bundeswehr spielte dabei eine wichtige Rolle. Bei all diesen Leistungen

und eigenen Beiträgen sollten wir nie vergessen: Historisch hat kein Staat von der Solidarität und Geschlossenheit der NATO mehr profitiert als die Bundesrepublik Deutschland.

Vor 65 Jahren wurde die Westintegration neben dem System der Vereinten Nationen und der europäischen Integration zu einem der drei multilateralen Pfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Bis heute trägt sie uns und schützt Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Auch für die Zukunft gilt: „Niemals allein“, weder politisch und erst recht nicht militärisch. Gerade aufgrund unserer eigenen Erfahrungen bin ich überzeugt, dass die militärische Stärke der Allianz letztlich immer so belastbar und stabil ist wie das politische Band, das aus vielen Armeen erst ein Bündnis formt.

Damit meine ich keineswegs, dass das Militär vernachlässigt werden soll – natürlich benötigt die NATO moderne und gut ausgerüstete Streitkräfte. Sie muss jedem potenziellen Gegner gewachsen sein, nur so schreckt sie ab. Aber letztlich dienen Streitkräfte politischen Zielen. Und daher gilt spätestens seit dem Harmel-Bericht von 1967, dass die militärische Sicherheit den Raum für politische Initiativen und politischen Dialog öffnet, öffnen muss. Vor allem auch Richtung Russland.

Deshalb konnte Willy Brandt zu einer Zeit, da Deutschland geteilt war und die Bundesrepublik mit 500.000 Soldaten – im Verteidigungsfall mit bis zu 1,3 Millionen – das Bündnis an der innerdeutschen Grenze verteidigte, so erfolgreich für die Ostpolitik werben. Er setzte auf Entspannung mit der Sowjetunion und kooperative Sicherheit, ohne dabei die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Westberlins sowie ganz Westeuropas infrage zu stellen.

Dies ebnete den Weg zu den Abrüstungsschritten von Reagan und Gorbatschow und allen weiteren, die folgten. So war es im vergangenen Jahr die gesamte NATO, die bei Russland dafür warb, den Bruch des INF-Vertrages zu unterlassen und vertragstreu zu bleiben – mit dem Ziel, den Vertrag zu retten. Nun, da er nicht mehr existiert, suchen wir gemeinsam

nach einer passenden sicherheitspolitischen Antwort und nach Wegen, den Abrüstungsdialog mit Moskau in der Breite der Themen fortzusetzen. Eine weitere historische Erfahrung prägt bis heute unser Handeln in der Allianz: Nach der Wiedervereinigung 1990 waren wir nicht länger Frontstaat des Kalten Krieges, sondern ein Land in der Mitte Europas. In dieser Situation und aus unserer Verantwortung für die Teilung Europas als Folge des Zweiten Weltkrieges wurde Deutschland zum Förderer einer aktiven Öffnungspolitik der NATO. Diese Politik folgt bis heute drei Leitlinien:

Erstens steht die Tür der NATO grundsätzlich für jene Länder Europas offen, die als freie Demokratien dem Bündnis beitreten wollen, um zur Sicherheit aller beizutragen. Mit dem Beitritt Nordmazedoniens konnten wir im April 2020 den 30. Mitgliedstaat begrüßen; den 14. nach der Epochenwende von 1989/90.

Zweitens wollen wir enge Partnerschaften zu jenen Staaten, die nicht Teil der Allianz sind, die keine Mitgliedschaft anstreben oder die die Voraussetzungen dafür nicht erfüllen. Zu diesen Partnern zählen zum Beispiel die Ukraine und Georgien oder unsere EU-Partner wie Finnland, Schweden oder Österreich, die seit Langem treue Partner in den Einsätzen sind. Vor allem die Einbindung der östlichen Nachbarn in die demokratischen Sicherheitsstrukturen Europas (oft parallel zur Heranführung an die EU) hat den Kontinent in einer dramatischen Umbruchphase politisch stabilisiert. Es war eine der größten strategischen Leistungen der Allianz.

Drittens gehört das Angebot einer vertrauensvollen Partnerschaft zu Russland von Beginn an zur Öffnungspolitik der Allianz. Damit wird unterstrichen, dass sie zwar Sicherheit vor Russland gewährt, aber diesem selbst nicht gegnerisch gesinnt ist. Die NATO-Russland-Grundakte von 1997 ist bis heute gültig und zeigt, was aus NATO-Sicht an Partnerschaft und gemeinsamem Engagement für die gemeinsame Sicherheit möglich ist. Gerade Deutschland setzt sich in der Allianz immer wieder

dafür ein, den strategischen Dialog mit Russland zu suchen und konstruktive Wege der Verständigung zu beschreiten, auch wenn das nicht immer einfach ist.

Wir wollen nicht, dass gerade in der aktuellen Situation Dialogkanäle nach Moskau abbrechen. Wenn sich das Sicherheitsumfeld verschlechtert, Regelungssysteme wegbrechen und Spannungen zunehmen, ist Sprachlosigkeit keine Option. Daher setzt sich Deutschland weiterhin dafür ein, dass der NATO-Russland-Rat regelmäßig tagt und dass auch auf militärischer Ebene der Dialog nicht abreißt. Nur so lässt sich Transparenz aufrechterhalten und das Risiko einer ungewollten militärischen Eskalation mit möglicherweise katastrophalen Folgen minimieren.

In Bezug auf die äußeren Erfordernisse ist die Allianz gut gewappnet, auch dank der klugen Führung und Moderation des amtierenden Generalsekretärs Jens Stoltenberg. Eine große Herausforderung liegt in der aktuellen Phase in ihrem Innern. Sie betrifft zunächst ihre Verfasstheit als politisches Verteidigungsbündnis, dem nur wenige zivile Instrumente zur Verfügung stehen.

Hybride Bedrohungen, Desinformation und Cyberangriffe auf zivile Ziele und Infrastruktur passen nur in Teilen zum Instrumentenkasten der Allianz. Vieles ist im Kern die Domäne der Polizei, von Nachrichtendiensten und zivilen Behörden. Manche Aufgaben, wie das Vorgehen gegen Desinformation, sind auch eine Aufgabe der freien Medien und Zivilgesellschaft, die wirkungsvoller sein können als staatliche, zumal militärische Stellen.

Es geht daher nicht darum, dem Bündnis neue Kompetenzen zu geben, die anderswo bereits vorhanden sind. So ist es auch bei der Pandemie-Bekämpfung, wo die Allianz wichtige Beiträge leistet und unterstützt, aber nicht „first responder“ ist und auch nicht werden soll. Immer wichtiger wird dagegen, dass die NATO mit der EU aufs Engste zusammenarbeitet. Die wachsende Intensität der Kooperation ist dabei

ermutigend: Es gibt bereits 74 gemeinsame Projekte, regelmäßig ist die EU Gast im Nordatlantikrat, und die Spitzen der NATO berichten im Politischen- und Sicherheitskomitee der EU.

Dieses enge Zusammenwirken nützt allen Seiten, den Staaten der EU und der NATO. Dies schließt das Verständnis ein, dass die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ein Ausdruck des Strebens nach europäischer Handlungsfähigkeit ist und damit eine Ergänzung zur NATO, kein Gegensatz. Sie stärkt vielmehr ihren europäischen Pfeiler. Und ganz entscheidend ist die verstärkte Arbeit an der politischen Einheit und Kohärenz der NATO selbst. Europäer und Amerikaner stellen sie derzeit auf jeweils eigene Weise auf die Probe.

Die USA senden unterschiedliche Signale in Bezug auf ihr Bekenntnis zur europäischen Sicherheit. Einerseits investieren sie seit einigen Jahren zusätzliche Milliarden in die Sicherheit Europas, vor allem durch die Stationierung zusätzlicher Kampfbrigaden und Ausrüstung in Europa. Andererseits hat die Politik des „America first“ ein Hinterfragen der Dauerhaftigkeit des US-Engagements in Europa ausgelöst. Nicht zuletzt weil die Region Asien-Pazifik für die USA, auch strategisch, immer stärkere Priorität einnimmt – eine Entwicklung, die bereits in der Regierungszeit von Barack Obama ihren Anfang nahm. Nun jedoch sehen sich die USA in einer neuen Großmacht Konkurrenz zu China.

Europas Antwort darauf kann aber nicht darin bestehen, das transatlantische Bündnis infrage zu stellen. Eine Entkopplung europäischer und amerikanischer Sicherheit wäre für uns alle in Europa brandgefährlich. Vielmehr bedarf es neuer Impulse für die NATO, um beide Seiten des Atlantiks und auch die europäischen Staaten untereinander wieder enger zueinanderzuführen.

Daher bin ich dankbar, dass die Verbündeten und Generalsekretär Stoltenberg meine Anregung für einen politischen Reflexionsprozess aufgegriffen haben. Eine Gruppe von ausgewiesenen Expert_innen unter deutsch-amerikanischem Ko-Vorsitz wird in den kommenden

Monaten Vorschläge erarbeiten, wie Einigkeit und Kohärenz gestärkt und wo gemeinsame Antworten auf die wichtigsten Herausforderungen der kommenden Dekade gefunden werden können.

Zu diesen politischen Fragen gehört aus meiner Sicht, wie wir den Dialog zu Russland in einer Weise gestalten können, um die Sicherheit der Alliierten, aber auch die europäische Sicherheit insgesamt zu erhöhen und dabei das Risiko ungewollter Eskalationen einzuhegen. Gleichfalls müssen wir den sicherheitspolitischen Dialog über und perspektivisch auch mit China intensivieren. Zwar ist das Land selbst kein unmittelbarer sicherheitspolitischer Akteur in Europa, sein Handeln hat aber bereits jetzt Einfluss auf unsere Sicherheit. Ein Trend, der sich absehbar noch verstärken wird.

Ebenso müssen wir uns über die Entwicklungen und Folgen der neuen Technologien verständigen. Wie wird sich die Art der Kriegführung verändern, und was bedeutet das für die Allianz? Eng verbunden mit diesen Fragekomplexen ist die Rüstungskontrolle, die zusammen mit der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Antworten auf diese Herausforderungen geben kann.

Schließlich werden wir uns in der NATO mit den sicherheitspolitischen Auswirkungen der Corona-Krise beschäftigen müssen, die in ihrer ganzen Tragweite noch nicht abzusehen sind. Eines ist jedoch klar: Die NATO kann jede Krise meistern, wenn die Verbündeten ihr dazu die Kraft verleihen. Es ist die Verantwortung und Aufgabe der politischen Entscheidungsträger_innen auf beiden Seiten des Atlantiks, dafür zu sorgen, dass dies auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gesichert ist.

Dieser Beitrag ist aus dem im August 2020 erschienen Buch der Friedrich-Ebert - Stiftung „Die Allianz im Umbruch - Änderungen in Strukturen, Prozessen und Strategie“ entnommen und wurde von den Herausgebern Ringo Wagner/H.J. Schaprian dem Arbeitskreis für die Veröffentlichung im Newsletter gestattet.

Beiträge und Initiativen Frankreichs zur Vertiefung der Zusammenarbeit in der NATO

Anne-Marie Descôtes Botschafterin Frankreichs in Deutschland

In den vergangenen Monaten gab es lebhafte Debatten über die Herausforderungen, mit denen die NATO sich konfrontiert sieht, und darüber, wie man auf diese Herausforderungen reagieren kann. In Deutschland zeigten sich einige gereizt angesichts der Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, der vor dem Ausmaß der Krise warnte, in der sich das Atlantische Bündnis befindet, und taten sie aus intellektueller Bequemlichkeit als eine Form des „Neogaullismus“ oder Kritik an der NATO ab – oder stellten sogar das „Weiter so“ als einzig mögliche Reaktion auf die gegenwärtige Lage dar. Ich bin daher der Friedrich-Ebert-Stiftung dankbar für diese Gelegenheit, daran zu erinnern, wie Frankreich seinen Platz innerhalb der NATO und die Herausforderungen, vor denen unser Bündnis steht, begreift. Frankreich ist ein solidarischer, voll und ganz engagierter Bündnispartner innerhalb der NATO. Frankreich ist stets ein engagierter und aktiver Bündnispartner innerhalb der NATO gewesen.

Auch nach dem Rückzug aus der integrierten Kommandostruktur der NATO im Jahr 1966 nahm Frankreich weiterhin seine gesamte Verantwortung für die kollektive Verteidigung wahr, insbesondere durch die Stationierung von mehreren Zehntausend Soldat_innen in der Bundesrepublik Deutschland während des gesamten Kalten Krieges. Bereits 1974 hat Frankreich mit der Erklärung von Ottawa auch öffentlich bekräftigt, dass seine nukleare Abschreckung, obwohl autonom, „zur allgemeinen Stärkung der Abschreckung des Bündnisses beiträgt“.

Bei seinen Auslandseinsätzen in den 1990er und 2000er Jahren – auf dem Balkan, in Afghanistan und Libyen – gehörte Frankreich zu den größten Beitragszahlern des Bündnisses. Jedes Mal erklärte Frankreich sich bereit, ohne Vorbehalte Hochrisikokommissionen zu übernehmen, und musste dafür

Opfer bringen: 112 Tote auf dem Balkan, 90 Tote in Afghanistan und Tausende von Verwundeten.

Im Irak und in Syrien ist Frankreich nach den Vereinigten Staaten einer der führenden Beteiligten an den Operationen der Anti-IS-Koalition, sowohl was die Anzahl der Angriffe als auch die eingesetzten Mittel betrifft: der Flugzeugträger Charles de Gaulle und seine Marineluftgruppe, Dutzende von Kampfflugzeugen und Bodentruppen. In der Sahelzone setzt Frankreich mehr als 5.000 Einsatzkräfte unter extrem schwierigen Bedingungen ein, trotz der 41 Verluste, die seit 2013 erlitten wurden.

Die Verpflichtung Frankreichs gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrags und der kollektiven Verteidigung besteht weiterhin uneingeschränkt. Im Rahmen der Enhanced Forward Presence der NATO an der Ostflanke des Bündnisses entsendet das Land fortlaufend einen gepanzerten Kampfverband abwechselnd nach Litauen und Estland. Mit seinen Kampfflugzeugen trägt Frankreich zur Mission Air Policing Baltikum bei, entsendet seit 2014 zwei- bis dreimal jährlich Schiffe ins Schwarze Meer und nimmt regelmäßig an NATO-Manövern in der Ostsee teil.

Auch im Nordatlantik leistet Frankreich einen wichtigen Beitrag zur Abschreckungsstrategie der NATO, indem es an der Seite der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Norwegens und der Niederlande dauerhaft Mittel zur U-Boot-Bekämpfung einsetzt. Über die NATO im engeren Sinne hinaus ist Frankreich fest von der Notwendigkeit einer starken transatlantischen Beziehung überzeugt, die eine wichtige Voraussetzung für die europäische Sicherheit ist.

Die französischen und amerikanischen Streitkräfte sind gemeinsam an vielen Schauplätzen im Einsatz und arbeiten eng zusammen. Ein Beispiel dafür ist die Stationierung einer in die amerikanischen Streitkräfte integrierten französischen Artillerieeinheit von 2016 bis 2019 im Irak, wo sie an den Operationen gegen den sogenannten Islamischen Staat und insbesondere an der Schlacht um Mossul teilnahm. Als Zeichen dieser

Partnerschaft und des Vertrauens zwischen unseren Streitkräften ist der stellvertretende Befehlshaber der 3. US-Infanteriedivision seit 2019 ein französischer Offizier, General Hubert Cottereau.

In der Sahelzone ist die amerikanische Unterstützung in den Bereichen strategischer Transport, Nachrichtengewinnung und Aufklärung für die Durchführung der Operation Barkhane von entscheidender Bedeutung und stellt eine beispielhafte transatlantische Lastenteilung dar.

Schließlich kommt Frankreich seinen Verpflichtungen im Bereich der Verteidigungsausgaben voll und ganz nach: Im Rahmen des militärischen Planungsgesetzes für den Zeitraum 2019–2025 wurde eine regelmäßige Erhöhung des französischen Verteidigungshaushalts beschlossen, der sich 2024 auf zwei Prozent des BIP belaufen soll, wie wir es auf dem NATO-Gipfel in Wales 2014 zugesagt haben.

Zusammenfassend lässt sich mit den Worten von Staatspräsident Macron in seiner Rede am 7.2.2020 in der École de Guerre sagen: „Frankreich ist wie eh und je Teil der Gemeinschaft verbündeter Anrainerstaaten des Nordatlantiks, deren Werte, Prinzipien und Ideale es teilt. Frankreich bleibt seinen Verpflichtungen im Atlantischen Bündnis treu. [...] Frankreich ist ein zuverlässiger und solidarischer Verbündeter, auch in schwierigen Zeiten. Schließlich ist Frankreich davon überzeugt, dass die langfristige Sicherheit Europas von einem starken Bündnis mit den Vereinigten Staaten abhängt.“

Frankreich fordert eine offene Diskussion über die aktuelle Krise im Atlantischen Bündnis. Doch machen wir uns nichts vor: Dieses Bündnis, das für unsere Sicherheit von grundlegender Bedeutung ist, befindet sich heute in einer echten und schweren Krise. Zunächst einmal nimmt die Fähigkeit der Bündnispartner, ihre Sicherheit im solidarischen Sinne zu begreifen, immer weiter ab. Davon zeugen die Entwicklungen der zurückliegenden Monate: Im vergangenen Herbst startete beispielsweise der Bündnispartner Türkei im Nordosten Syriens eine Offensive gegen die kurdischen Kräfte, die sich mit uns seit mehreren

Jahren im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat engagieren und bereits über 10.000 Opfer zu beklagen haben.

Derselbe Bündnispartner beschloss, die Luftverteidigungsarchitektur der NATO durch den Erwerb russischer Luftverteidigungssysteme zu gefährden, und blockiert seit fast einem Jahr die Annahme der NATO-Verteidigungspläne für die Ostflanke des Bündnisses. Abgesehen von den Auswirkungen, die all diese Entscheidungen auf unsere kollektive Sicherheit haben, stehen sie für eine einseitige Politik, die sich weigert, die Sicherheit ihrer Bündnispartner zu berücksichtigen, und die Gefahr läuft, ein Bündnis zu lähmen, das nach dem Konsensprinzip arbeitet.

Die Vereinigten Staaten ihrerseits richten seit Jahren, und das bereits lange vor der Präsidentschaft von Donald Trump, konsequent eine Botschaft an die Europäer_innen: Ihr müsst mehr für eure Sicherheit tun. Diese Forderung ist berechtigt und muss ernst genommen werden. Sie ist berechtigt, da Europa heute nach den Vereinigten Staaten die wohlhabendste Region der Welt ist. Die Tatsache, dass es nur über einen Bruchteil der für ihre Verteidigung notwendigen militärischen Fähigkeiten verfügt, ist keine unveränderliche Tatsache. 1,3 statt zwei Prozent des BIP für seine Verteidigung auszugeben – oder sogar drei bzw. vier Prozent wie die Vereinigten Staaten – ist eine politische Entscheidung. Diese Entscheidung hat Folgen für unser aller Sicherheit, sowohl hinsichtlich der Anzahl der seetüchtigen U-Boote als auch bei der Anzahl der flugfähigen Flugzeuge oder Hubschrauber.

Diese Forderung muss ernst genommen werden, denn die Vereinigten Staaten tragen die finanziellen und menschlichen Kosten unserer Sicherheit heute nicht mehr so bereitwillig wie in den vergangenen 70 Jahren. Und auch wenn die europäischen Verteidigungshaushalte seit 2014 nicht mehr sinken und wieder verstärkt investiert wird, ist dennoch deutlich, dass die Europäer_innen ihrer Sicherheit noch immer keine Priorität einräumen. Die aktuellen Diskussionen über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU sind dafür ein gutes Beispiel: Anstatt einer Erhöhung

des europäischen Haushalts zur Finanzierung neuer Investitionen in die Verteidigung zuzustimmen, haben einige Mitgliedstaaten es vorgezogen, die vollständige Abschaffung des Budgets für militärische Mobilität vorzuschlagen und die Mittel für den Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) zu halbieren.

Darüber hinaus verfügen noch immer zu viele europäische Bündnispartner über begrenzte militärische Fähigkeiten und über nur wenige oder gar keine Fähigkeiten im Bereich der Hochrisikokommissionen. Diese Situation ist nicht tragbar – und belastet den Zusammenhalt des Bündnisses. Zudem wächst die Kluft zwischen der europäischen und der amerikanischen Herangehensweise bei der Rüstungskontrolle und der Abrüstung – sei es beim iranischen Atomabkommen, dem Open-Sky-Vertrag oder dem New-Start-Vertrag.

Jahrzehntelang haben die Europäer_innen diese Themen weitgehend den Vereinigten Staaten überlassen, mit der Gewissheit, dass ihre Ansichten zumindest teilweise berücksichtigt werden. Dies ist jedoch heute nicht mehr der Fall – obwohl es in erster Linie um die Sicherheit Europas geht. Gleichzeitig untergraben die Mehrdeutigkeiten einiger Bündnispartner zur nuklearen Komponente des Bündnisses – und insbesondere ihre ambivalente Haltung zum Atomwaffensperrvertrag – die Glaubwürdigkeit der Abschreckungskraft des Bündnisses.

Diese Krise zu ignorieren, sie nicht beim Namen zu nennen hieße, sich ihr nicht zu stellen. Während alle Umfragen in Europa Jahr für Jahr zeigen, dass die Öffentlichkeit Vorbehalte hat, den Verpflichtungen zur kollektiven Verteidigung nachzukommen, kann die Vogel-Strauß-Politik nicht mehr als verantwortungsvolles Handeln gesehen werden. Frankreich wird dazu beitragen, Wege zur kollektiven Überwindung dieser Krise zu finden. Frankreich ist überzeugt, dass diese Krise überwunden werden kann.

Eine erste Handlungslinie muss darin bestehen, die Fähigkeit der Bündnispartner zu stärken, ihre Sicherheit gemeinsam zu denken. Seit

einigen Jahren konzentriert sich das Bündnis auf – im Übrigen unverzichtbare – technokratische Debatten darüber, wie die NATO ihr Instrument der kollektiven Verteidigung stärken kann. Doch dieses Instrument, so wirksam es auch sein mag, muss auf echter politischer Solidarität und auf der Überzeugung beruhen, dass unsere Sicherheit unteilbar ist. Dies ist der Kern der strategischen Überlegungen, die die Staats- und Regierungschefs/-chefinnen der NATO-Mitgliedstaaten auf dem Londoner Gipfel im Dezember 2019 angestoßen haben und die zu gemeinsamen Leitlinien über die Rechte und Pflichten eines Bündnispartners sowie über die Art und Weise führen sollen, wie wir die Aufgaben der Allianz und die Lastenteilung zwischen den Bündnispartnern begreifen.

Darüber hinaus müssen die Bündnispartner, allen voran die Europäer_innen, ihre Bemühungen um Investitionen in ihre Verteidigung fortsetzen und beschleunigen. Diese Anstrengungen lassen sich zwar nicht allein an den ausgegebenen Geldern messen, doch für einige Mitgliedstaaten werden sie in den nächsten Jahren eine stetige, vorhersehbare und substanzielle Erhöhung ihrer Verteidigungshaushalte erfordern. Um diese Ausgaben so effektiv wie möglich zu gestalten, können die Europäer_innen nicht einfach amerikanische Ausrüstung „von der Stange“ kaufen, sondern müssen, wo immer möglich, in ihre eigenen rüstungsindustriellen und technologischen Kapazitäten investieren. Genau das tun Frankreich, Deutschland und andere europäische Länder durch Projekte wie das Future Combat Air System und das Main Ground Combat System.

Nur dann werden diese Investitionen wirtschaftlich und politisch nachhaltig sein, denn sie werden sich in Form von Wachstum, Arbeitsplätzen und Schlüsseltechnologien auszahlen. Auch hier bedeutet dies, dass wir bereit sein müssen, die notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um den EVF angemessen zu finanzieren – auch wenn damit eine kollektive Erhöhung unseres Beitrags

zum Haushalt der EU verbunden ist. Aber diese Aufteilung der Verantwortung darf nicht nur unter finanziellen Gesichtspunkten begriffen werden.

Die Europäer_innen – und insbesondere die EU – müssen in Zukunft in der Lage sein, Krisen in ihrer Nachbarschaft autonom zu bewältigen, nicht aus Misstrauen gegenüber den Vereinigten Staaten, sondern weil die Vereinigten Staaten nicht ständig unseren Platz einnehmen können. Und so ist die derzeitige Situation, in der einige Bündnispartner bei Einsätzen einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Risiken und Opfer tragen, während sich andere ausschließlich auf Ausbildungs- und Logistikeinsätze konzentrieren, langfristig nicht tragbar.

Das Leben eines Soldaten oder einer Soldatin ist in Frankreich, Estland oder den Vereinigten Staaten nicht weniger wert als in anderen Bündnisstaaten – und sein oder ihr Tod ist nicht weniger schwer zu akzeptieren. „Sharing the burden“ wird zwangsläufig bedeuten, dass in Zukunft mehr Risiken geteilt werden. Schließlich können wir es uns grundsätzlich nicht mehr leisten, unsere Verteidigung zu einer innenpolitischen Angelegenheit zu machen.

Die einzige Frage, die unsere Entscheidungen leiten muss, ist die nach deren Notwendigkeit für die Sicherheit des Bündnisses. Das setzt voraus, dass wir unbequemen Debatten nicht ausweichen dürfen, indem wir uns auf abstrakte oder sehr langfristige Ziele versteifen: Wenn wir über eine „europäische Armee“ oder eine europäische „Sicherheits- und Verteidigungsunion“ nachdenken, bedeutet das nicht, dass wir keinen unmittelbaren und konkreten Beitrag zu den Missionen leisten müssen, die für die Sicherheit Europas von wesentlicher Bedeutung sind, oder dass wir nicht ab sofort investieren müssen, um die für unsere Verteidigung erforderlichen Kapazitäten aufzubauen.

Ebenso teilen alle Bündnispartner das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen, und insbesondere Frankreich ist einer der aktivsten Bündnispartner bei der Arbeit im Bereich der Nichtverbreitung von Kernwaffen und der

Abrüstung. Doch dies ist ein langfristiges Ziel, und bis dahin wird die NATO, wie die Bündnispartner in ihrer Erklärung zum 50. Jahrestag des NVV am 5.3.2020 erneut bekräftigten, „ein Nuklearbündnis bleiben, solange es Atomwaffen gibt“. Eine Debatte über den Beitrag der nuklearen Abschreckung zu unserer Sicherheit ist natürlich legitim und notwendig – aber um nützlich zu sein, muss sie nicht auf nationaler Ebene, sondern unter den Bündnispartnern geführt werden, wie Staatspräsident Macron in seiner Rede vom 7.2.2020 vorschlug.

Ein offener und ehrgeiziger deutsch-französischer Dialog zu diesem Thema, den Frankreich fordert, ist in dieser Hinsicht unerlässlich. Darüber hinaus wird Frankreich weiterhin entschlossen handeln, um ein starkes, geeintes und glaubwürdiges Bündnis zu bewahren, das in der Lage ist, gemeinsam auf die Gefahren zu reagieren, denen wir uns gegenübersehen.

Dieser Beitrag ist aus dem im August 2020 erschienenen Buch der Friedrich-Ebert -Stiftung „ Die Allianz im Umbruch -Änderungen in Strukturen, Prozessen und Strategie“ entnommen und wurde von den Herausgebern Ringo Wagner/H.J. Schaprian dem Arbeitskreis für die Veröffentlichung im Newsletter gestattet.

Christoph Unger, Präsident des BBK - ein unbequem gewordener Mahner muss gehen

Obwohl Deutschland bisher verhältnismäßig erfolgreich durch Corona-Pandemie (Covid-19) gekommen ist, wurde deutlich, dass die Vorbereitungen von Staat und Gesellschaft auf Krisen und Katastrophen nicht ausreichend sind. Seit Jahren hat der Präsident des BBK auf die Gefahren einer Pandemie hingewiesen. Schon 2007 fand unter Führung des BBK eine nationale Übung mit einem Influenza-Pandemie-Szenario statt. („LÜKEX“) Seit 2010 fertigt das BBK in Kooperation mit weiteren Partnerbehörden im Auftrag der Bundesregierung jährlich sog. Risikoanalysen an, die dem Deutschen Bundestag über das Bundesinnenministerium vorgelegt werden. Im Jahr 2012 befasst sich diese Analyse mit einem pandemischen Infektionsgeschehen anhand eines angenommenen modifizierten SARS-Virus. Die Ergebnisse dieser Risikoanalyse wurden 2019 noch einmal über das Innenministerium an den Bundestag geleitet. Doch Bundestag und das Innenministerium haben sich nicht mit den Erkenntnissen der Risikoanalyse befasst und deshalb daraus auch keine Maßnahmen abgeleitet. So wurden die festgestellten Erkenntnisse, Empfehlungen und Defizite, wie z.B. die Bevorratung an Schutzausrüstungen im Gesundheitswesen nicht bereinigt und weitere erforderliche Maßnahmen nicht durch die für das Gesundheitswesen zuständigen Länderbehörden umgesetzt. Präsident Unger wurde immer mehr zum unbequemem Mahner der ständig auf die Defizite beim Bevölkerungsschutz und bei der Katastrophenhilfe in der Öffentlichkeit und auf dem Dienstweg hinwies und den Handlungsbedarf formulierte.

Ein technischer Fehler bei der Durchführung der bundesweiten Alarmübung war dann der willkommene Grund für die Ablösung des engagierten und kritischen Präsidenten.

Meine Meinung

Thomas Sohst, Mitglied im Arbeitskreis Sicherheit und Bundeswehr der NRW

SPD

Im August fand ich in der regionalen und überregionalen Presse einen Bericht, der mich schockiert hat. Vor 10 Jahren fiel in Afghanistan Martin Augustyniak im Karfreitagsgefecht, als er einem Kameraden zur Hilfe eilen wollte. Dennoch verkündete die SPD Bielefeld, die bereits geplante Benennung eines Platzes nach dem Gefallenen in letzter Minute zurückziehen zu wollen. Als Grund gab sie Extremismusvorfälle in der Bundeswehr an.

Das Parlament entsendet der Soldaten in Einsätze. Soldaten wissen um die Gefahren und verpflichten sich dennoch das Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.

Dieser Eid ist eine Treuverpflichtung auf Gegenseitigkeit. Deutsche Politiker und die Gesellschaft können sich darauf verlassen, dass diese Tapferkeit bis zum Einsatz des eigenen Lebens von den Soldatinnen und Soldaten gelebt wird. Und genau so verlassen sich Soldatinnen und Soldaten darauf, dass sie in ihrem Handeln für unser Land von Politik und Gesellschaft Unterstützung finden. Dazu gehört auch Wertschätzung.

In vielen Städten und Gemeinden auch bei uns in NRW wird diese Wertschätzung gelebt. Dafür sind die Soldatinnen und Soldaten dankbar. Nicht gelebte Wertschätzung hinterlässt Wunden, zumindest Unverständnis, weil man das Gefühl hat, dass es an dem Grundverständnis fehlt.

Schade, dass sich die SPD in Bielefeld nach einer Zusage vor einem Jahr, einen Dorfplatz nach dem gefallen Martin Augustyniak zu benennen jetzt, da diese Maßnahme umgesetzt werden sollte, diesen Mut der Wertschätzung verloren hat. Peinlich, dass als Begründung Extremismus in der Bundeswehr als ein Grund genannt wurde. Spekulationen in Zusammenhang mit den Kommunalwahlen machten die Runde. Auf Grund von vielen Hinweisen – öffentlich aber auch unmittelbar – ruderte man in Bielefeld zurück mit dem Hinweis, man werde der neuen Fraktion nach den Wahlen empfehlen der Namensgebung zuzustimmen.

Ist damit alles in Ordnung?

Man kann gegen Krieg allgemein sein. Man kann der nuklearen Teilhabe kritisch gegenüber stehen. Man kann weiteren Diskussionsbedarf zur Bewaffnung von Drohen sehen. Diese Diskussionen sind notwendig und sie werden in der SPD geführt.

Aber wenn Menschen unserer Gesellschaft bereit sind, sich für den Erhalt dieser der freiheitlich demokratischen Grundordnung auch mit ihrem Leben einzusetzen, dann ist es die Pflicht und Schuldigkeit unserer Gesellschaft und der Politiker, die sich bereit erklärt haben für diese Gesellschaft zu agieren und von dieser dazu beauftragt wurden, diese Wertschätzung den Soldatinnen und Soldaten zukommen zu lassen.

Es gab einmal einen Verteidigungsminister, der der Auffassung war, dass Soldaten zu sehr nach Anerkennung „gierten“. Dies haben viele Soldaten nicht verstanden. Nicht Soldaten gieren nach Anerkennung. Es sollte das Selbstverständnis dieses Staates, der für diesen handelnden Politiker und der Gesellschaft sein, Soldaten wie Polizisten, Ärzte und Pflegern, Lehrern und Mitarbeitern in den Kindertageseinrichtungen die Anerkennung zukommen zu lassen, die diese verdienen, weil sie sich für dieses Land, für die Bewohner in besonderer Art und Weise einsetzen.

Mittlerweile hat eine Sondersitzung der Bezirksvertretung – noch vor den Kommunalwahlen – stattgefunden. Der Platz wird umbenannt, so wie es die Mehrheit der Bevölkerung wünscht. Ich gehe davon aus, dass die Genossen gelernt haben. Dank all denjenigen, die dazu beigetragen haben. In der Politik kann man auf jeder Ebene Fehler machen. Gut ist, wenn man zu den Fehlern steht und sein Handeln dann auf der Grundlage weiterer Argumente einen neuen, einen besseren Weg einschlägt.

Die Genossen in Bielefeld haben den Weg gefunden. Das ist gut. Sie sind damit trotz des Fehlverhaltens im Zuge des Prozesses beispielgebend für andere.

Im letzten Fachgespräch zur Friedens- und Sicherheitspolitik stand das Thema „Die Corona-Pandemie- Erfahrungen und Vorschläge zur Fortentwicklung des Risiko- und Krisenmanagements und des Bevölkerungsschutzes“ im Mittelpunkt. In Vorträgen und in der Diskussion wurden die nachfolgende Lageentwicklung, Probleme und Lösungsansätze vorgestellt und intensiv diskutiert.

Lageentwicklung

Im Februar 2020 wurde erkannt, dass es sich bei der Verbreitung des neuen Virus Sars-CoV-2 um eine Pandemie handelt.

Ab Mitte März 2020 wurden gravierende Maßnahmen, u.a. eine Einschränkung der Grundrechte, beschlossen, um die Infektionszahlen möglichst niedrig zu halten und einer Überlastung des Gesundheitswesens, vorzubeugen.

Das Ende der Pandemie ist noch nicht abzusehen, eine erneute Verschärfung der Lage ist im Herbst/Winter 2020/21 zu erwarten.

Die staatliche Risiko- und Krisenkommunikation sowie die Medien, haben eine wichtige Bedeutung für die Risikowahrnehmung und das Verhalten der Bevölkerung,

In Deutschland wird das Geschehen als „Gesundheitslage“ eingestuft und federführend durch die Gesundheitsbehörden abgearbeitet. Im Rahmen der Amtshilfe unterstützten die Bundeswehr und Behörden und Organisationen.

Deutschland ist bislang (Stand Anfang September 2020) im internationalen Vergleich verhältnismäßig gut durch die Pandemie gekommen. Gründe dafür sind u.a.:

- Deutschland konnte/kann mit umfangreichen finanziellen Soforthilfeprogrammen Wirtschaft, Infrastrukturen und Beschäftigte stützen,
- Deutschland verfügt trotz deutlichem Kapazitätsabbau an Krankenhäusern und Krankenhausbetten noch immer über ein vergleichsweise leistungsfähiges Gesundheitswesen;

- Regierungen bzw. Verwaltungen von Bund und Ländern haben sich nach anfänglichen Startschwierigkeiten als zügig handlungsfähig und flexibel erwiesen.

Erkannte Probleme in der Lagebewältigung

Zu den bislang erkannten Defiziten gehören u.a. kaum oder gar nicht genutzte oder umgesetzte planerische Instrumente und Maßnahmen der Vorsorge und Notfallplanung. z.B.

- Die Erkenntnisse aus den Krisenmanagement-Übungen des Bundes mit den Ländern (LÜKEX), in denen z.B. 2007 eine Pandemie geübt wurde, sind nicht umgesetzt
- nicht genutzte Erkenntnisse aus den jährlichen Berichten zur Risikoanalyse Bevölkerungsschutz an den Deutschen Bundestag; 2012 wurde eine Analyse zu einer Pandemie mit einem modifizierten SARS-Virus als Szenario vorgelegt, die nie diskutiert wurde und aus der keine Maßnahmen abgeleitet wurden,
- zu geringe Vorratshaltungen (PSA, Medikamente usw.),
- keine Erarbeitung bzw. Umsetzung eines Risikokommunikationskonzeptes zur Vorbereitung der Bevölkerung und der Infrastrukturen auf solche Lagen,
- geschwächter öffentlicher Gesundheitsdienst; das Bundesgesundheitsamt wurde 1994 vom damaligen Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer ersatzlos aufgelöst
- eine extreme Abhängigkeit bei der Beschaffung von Schutzausstattung, Medizinprodukten und Medikamenten vom außereuropäischen Ausland.
- Probleme in der unklaren Abgrenzung zwischen dem Krisenstab von Bundesgesundheits- und Bundesinnenministerium
- geringe Nutzung der Potentiale des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK),

- die Bewertung der Lage als überwiegend reine „Gesundheitslage“; nur in Bayern wurde der „Katastrophenfall“ festgestellt, was für die Arbeit vor Ort von Vorteil war.
- Ansonsten wurde und wird der Begriff „Krise“ verwendet, der nicht eindeutig definiert ist und sehr geringe Handlungsspielräume eröffnet. Dies hatte auch Auswirkungen auf den Einsatz der Hilfsorganisationen, des THW und der Bundeswehr.

Lösungsansätze

Um Deutschland auch künftig durch große Katastrophen- und Krisenlagen erfolgreich steuern zu können, ist eine politisch getragene, verbindliche Resilienz Strategie erforderlich, die dazu dient, die gesamte Gesellschaft – Regierung/Behörden/Wirtschaft/Unternehmen/KRITIS/Bevölkerung– gegenüber solchen Ereignissen widerstandsfähig(er) und lernfähig(er) und damit überlebensfähig zu machen.

Im Bereich des **Risikomanagements** werden folgende Maßnahmen für erforderlich gehalten:

- Einführung eines echten Risiko-Assessments mit Bewertung, Schlussfolgerungen, Maßnahmen und Beschlüssen
- Erarbeitung einer Risikokommunikationsstrategie und deren Umsetzung in der gesamten Gesellschaft,
- Aufbau von Risiko- und Krisenmanagement-Strukturen in Behörden, Organisationen und Unternehmen, insbesondere von Kritischen Infrastrukturen,
- Erhöhung der Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit sowie von Vorsorgemaßnahmen in Behörden, Unternehmen und der Bevölkerung,
- Aufstockung von Bevorratung (Sanitätsmaterial, Medikamente, Geräte etc.),
- Abstimmung und Kooperation mit Nachbarländern, der EU und der UN (s. WHO).

Im Bereich **Krisenmanagements** sind folgende Maßnahmen angezeigt:

- verpflichtende Ausbildung von Krisenstäben auf allen Ebenen
- Verbesserung und Anwendung der Krisenkommunikationskonzepte (One-Voice-Policy muss angestrebt werden),
- Abstimmung mit dem Krisenmanagement der Nachbarländer zwecks grenzüberschreitender Unterstützung und gegenseitiger Hilfe,
- konstruktive Mitwirkung beim Ausbau des EU-Verfahrens im Katastrophenschutz, um im Krisen-/Katastrophenfall gemeinsam und in dieselbe Richtung handeln zu können.

Anpassung des **Rechtsrahmen und die Zuständigkeiten** z.B. des Infektionsschutzgesetzes, der Gesundheits-, Katastrophen- und Zivilschutzgesetzgebung von Bund und Ländern, der Vorsorge- und Sicherstellungsgesetzen sowie Optimierung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern

Auf **Bundesebene** muss es zu einer Stärkung der nationalen, ressort- und behördenübergreifenden Risiko- und Krisenmanagementfähigkeit kommen.

Gleiches gilt für die **Länderebene** sowie für die Bereitschaft zur künftig verbindlicheren Kooperation zwischen Bund und Ländern mit Festlegung einer definierten **Koordinierungszuständigkeit** des Bundes in Lagen von nationaler Tragweite.

H.J.S.

Buchbesprechungen

Erfreulicherweise engagiert sich das Landesbüro Sachsen-Anhalt sehr aktiv auf dem Gebiet der Friedens- und Sicherheitspolitik. Nachdem 2018 in einem 2. Sammelband das Thema „Handlungsfähigkeit stärken – Stabilität schaffen- Überlegungen zur Europäischen Sicherheit- und Verteidigungsunion“ im Mittelpunkt stand, erschien im September ein neues Buch mit dem Titel

"Die Allianz in die Umbruch-Änderungen in Strukturen, Prozessen und Strategie"

Wieder ist es den Herausgebern Ringo Wagner und Hans-Joachim Schaprian gelungen, fünfundzwanzig Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Bundeswehr als Autoren für ihr Buch zu gewinnen. So haben in diesem neuen Sammelband u.a. Nato-Generalsekretär Stoltenberg, Außenminister Heiko Maas, Botschafterin der Französischen Republik in Berlin Anne –Marie Descotes, MdB Wolfgang Hellmich, Nato Botschafter Dr. Lucas, der russischen Botschafter bei der Nato Yuri Gorchakov, der Commander des Allied Joint Force Command General Bühler, drei Abteilungsleiter aus dem BMVg und Interessenvertreter ihre Auffassungen zu aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen und zum Reformbedarf der NATO formuliert, Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen vorgestellt.

Das vorliegende Buch soll die sicherheitspolitische Diskussion bereichern und beleben und zur Akzeptanz für unsere sicherheits- und verteidigungspolitischen Ziele beitragen.

Interessierte können sich dieses Buch kostenfrei bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn bestellen oder die Publikation hier herunterladen:

<https://www.fes.de/landesbuero-sachsen-anhalt/publikationen.>

Zum Schluss aber nicht zuletzt ein Hinweis: Informationen zum Arbeitskreis können Sie / könnt Ihr auch abrufen unter

<http://www.nrwspd.de/gremien/6/1356/Arbeitskreis-Sicherheitspolitik-und-Bundeswehr.html>

Anmerkung:

Wir gehen davon aus, dass Sie / dass Ihr auch weiterhin an unserem Newsletter interessiert sind / seid. Wenn dies nicht mehr der Fall sein sollte, dann lassen Sie / lasst Ihr uns das bitte wissen

Impressum

Vorsitzender des Arbeitskreises
Joachim Schaprian

Redaktion des Newsletters
Moritz Brake

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Werdener Straße 4
40227 Düsseldorf
Tel.: 0211/136220
Mail: info@nrwspd.de